

## STANDPUNKT

### Völlig überzogen

Man muss dieser Tage nicht unbedingt aufmerksam die Medien verfolgen, um den Eindruck zu gewinnen, die Fleischindustrie und ihre Beschäftigten seien der Teufel in Menschengestalt. Durch das Fehlverhalten einzelner Unternehmen wird eine ganze Branche stigmatisiert. Mitarbeiter und ihre Familien müssen sich in ihrer Freizeit bzw. in den Schulen für die Tätigkeit in einem fleischverarbeitenden Betrieb rechtfertigen.

Wenn die Politik Werkverträge verbieten will, kann man das mit einem einzigen Satz erledigen. Wir unterstützen dieses Vorhaben ausdrücklich. Die geplanten Gesetzesänderungen für ein Arbeitsschutzkontrollgesetz halten wir in einzelnen Passagen aber für überzogen. Gesellschaftsrechtliche Beschränkungen sowie das Verbot von Leiharbeit und Lohnschlichtung stehen in keinem Zusammenhang mit den ursprünglichen Zielen des Gesetzes.

Foto: Daniel Hübler



Pragmatiker und Ideengeber: Ex-Landwirtschaftsminister Jochen Borchert, 80, aus Bochum-Wattenscheid hat für die Bundesregierung zusammen mit einer Expertenkommission ein neues Nutztierkonzept für die nächsten 20 Jahre entwickelt.

## BORCHERT WILL UMKEHR

**NUTZTIERHALTUNG.** Ex-Bundeslandwirtschaftsminister Jochen Borchert will bei der Umkehr in der Nutztierhaltung das finanzielle Überleben von Landwirten durch langfristige Verträge sicherstellen. Borchert hat zusammen mit seinem Kompetenznetzwerk für die Bundesregierung ein Konzept zur gesellschaftlich akzeptierten Tierhaltung erarbeitet.

Im Interview mit ProAgrar sagte Borchert: „Der Staat hat die Pflicht zur Finanzierung. Die Einführung einer sogenannten Tierwohlabgabe, einer Verbrauchssteuer, ist unerlässlich.“ Die Vorschläge seiner Kommission sehen vor, dass Landwirte für die Umstellung in der Tierhaltung und den notwendigen Umbau der Ställe Förderverträge über 20 Jahre abschließen.

Nach Berechnungen der Kommission würde sich Fleisch um 40 Cent pro Kilogramm verteuern, insgesamt würden so in der Endausbaustufe der Umstellung der Nutztierhal-

tung etwa 3,2 Milliarden Euro zusammenkommen.

Ob sein Konzept mit dem schon bestehenden Programm der Initiative Tierwohl (ITW) zusammengeführt werden kann, will Borchert noch nicht bestätigen. „Ich bin da in Gesprächen“, formuliert der 80-jährige Experte und Berater von Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner zurückhaltend. „Wir haben weitaus höhere Kriterien und beginnen gleich mit 20 Prozent mehr Platz in der Schweinehaltung.“ Dennoch glaubt er, dass sich die Stufe 1 der ITW leicht auf die Empfehlungen der Ein-

stiegsstufe seiner Kommission umbauen lässt.

Borchert geht davon aus, dass der Einstieg in den Umbau der landwirtschaftlichen Tierhaltung noch in dieser Legislaturperiode beginnen kann. „Wir haben keine Zeit zu verlieren“, sagt er im ProAgrar Interview. Und auch vor der Bundestagswahl in einem Jahr hat Borchert keine Angst, dass andere politische Konstellationen sein Projekt stoppen könnten. „CDU, SPD und Grüne haben mir ihre Unterstützung signalisiert.“ (siehe Interview Seite 2 + 3)

khs

Foto: Oliver Krato



Vion hat in persönlichen Briefen an die Bundestagsabgeordneten in den Wahlkreisen unserer Betriebsstandorte sowie an die zuständigen Minister

in Berlin und in den Ländern appelliert, die Regelungen des Gesetzesentwurfs zu hinterfragen und eine am eigentlichen Ziel des Arbeitsschutzes orientierte Lösung zu unterstützen. Auch die Landwirtschaft ist von den vorgesehenen Änderungen des Gesetzesentwurfs betroffen. Sie befürchtet eine Ausdünnung der Schlachtstellen und damit eine Verschärfung des Strukturwandels mit einer Verlagerung der Produktion ins Ausland.



**Dr. Heinz Schweer**  
Direktor Landwirtschaft (Deutschland)

### REPORT S. 4 + 5

Wie HR-Direktor Roger Legath bei Vion auf Werkverträge verzichtet und die Mitarbeiterstruktur verändert

### PORTRÄT S. 6 + 7

Wie Helmut Dammann-Tanke seine beiden Jobs als Politiker und Landwirt koordiniert und sich ein grünes Profil gibt



# „MEHR TIERWOHL KOSTET MEHR GELD“

**TRANSFORMATION.** „Sollen wir auf Facetime umschalten“, fragt der Gesprächspartner gleich nach der Begrüßung zur verabredeten Zeit. **Jochen Borchert** ist daheim in Wattenscheid auf seinem Bauernhof. Montag und Dienstag habe er Zeit, ließ der 80-jährige viel gefragte und maximal beschäftigte frühere Bundeslandwirtschaftsminister, CDU-Politiker und kluge Landwirtschaftsexperte zuvor ausrichten. Oft ist er noch in Berlin, berät die aktuelle Ministerin Julia Klöckner. In Corona-Zeiten changiert er derweil von der Vor-Ort-

Präsenz zum Digitalen. Zoom, Teams oder andere Systeme – Jochen Borchert ist nun häufig auf vielen Kanälen per Video-Konferenz mit der Republik verbunden, die ihn mit zahlreichen Mandaten ausgestattet hat. Vielleicht wünscht er sich deshalb: „Kann man sich nicht mal auf ein System verständigen, das alle nutzen?“ So wie in der Nutztierhaltung. Auch hier ist er Pragmatiker und hat der Bundesregierung einen Entwurf für die Zukunft präsentiert, über den er mit ProAgrar im Interview spricht.



Fotos: Daniel Hübler

## Warum nicht?

2015 war Deutschland noch nicht reif dafür. In den vergangenen fünf Jahren haben die gesellschaftlichen Debatten neuen Drive bekommen und die kritische Einstellung zur Tier- und Fleischproduktion hat mit Rasanz zugenommen. Neben der Ökonomie wird gleichrangig über Ethik und Ökologie diskutiert. Zudem haben Bundesgerichtsurteile wie zur Sauenhaltung oder zum Kükenschreddern die Forderungen an die Politik beschleunigt, etwas zu tun. Die Belange des Tierschutzes wiegen schwer. Wir hatten die Wahl, ob wir uns in Zukunft von den Gerichten in der Nutztierhaltung treiben lassen oder der Staat ordnungspolitisch auf Gesetzesebene eingreift. Unser Kompetenznetzwerk von 30 Personen aus allen Bereichen hat sehr lösungsorientiert, kompromissbereit und pragmatisch gearbeitet, das machte letztlich den Erfolg aus. Die Mehrheit der Landwirtschaft und der NGOs tragen unser Konzept, das hat es so noch nie gegeben.

## Wie geht es denn jetzt weiter, kommt der Einstieg in die von Ihnen skizzierte neue Nutztierhaltung noch vor der Bundestagswahl?

Das wird so sein. Wir haben keine Zeit zu verlieren. Den Einstieg brauchen wir bis zur Bundestagswahl in einem Jahr. Ich habe keine Sorge, dass das nicht klappt, CDU, SPD und Grüne haben ihre Unterstützung signalisiert. Bund und Länder müssen jetzt zusammenarbeiten und die notwendigen Gesetze auf den Weg bringen. Ich bin sicher, dass das Projekt in der nächsten Legislaturperiode, unter welcher politischen Konstellation auch immer, fortgesetzt wird. Wir brauchen jetzt eine möglichst

**Herr Borchert, wie ist es Ihnen eigentlich gelungen, mit der nach Ihnen benannten 30-köpfigen Kommission einen Entwurf zu präsentieren, hinter dem sich alle versammeln?**

Sie fragen natürlich mit dem Hintergrund, dass auch der Wissenschaftliche

Rat vor fünf Jahren Vorschläge zur veränderten Nutztierhaltung in Deutschland gemacht hat. Die waren inhaltlich nicht ganz weit von unserem Konzept entfernt. Aber daraus ist bekanntlich nichts geworden.

unbürokratische Umstellung mit dem Start in der Schweinehaltung. Die gesamte Umsetzung der Veränderung in der Nutztierhaltung ist ein mittel- und langfristiges Projekt, das wir auf 20 Jahre konzipiert haben. Unsere Arbeitsgruppen arbeiten weiter, z. B. müssen ja Bau- und Umweltrecht angepasst werden, dafür bedarf es von seiten unserer Kommission weiterer Vorschläge.

**In den vergangenen Jahren hat es viele Initiativen zur Verbesserung in der Tierhaltung gegeben. Was machen Sie jetzt anders?**

Das hat alles nicht ausgereicht und hat grundlegend nur wenig bewirkt. Die Aufzucht und die Haltung von Nutztieren müssen verändert werden, die Gesellschaft will eine Veränderung. Und die Menschen in unserem Land sind ein entscheidender Faktor. Wir müssen da einen einheitlichen Weg finden, einen Weg, den der Bund vorgibt. Es werden in Zukunft weniger Tiere in der Landwirtschaft aufgezogen, die Ställe werden auf Tierwohl ausgerichtet, Schweine, Rinder und Geflügel bekommen mehr Platz und andere, bessere Lebensbedingungen.

**Diesen Weg beschreitet die Initiative Tierwohl bereits seit einigen Jahren.**

**Können Sie sich eine Zusammenführung der ITW mit Ihrem Konzept vorstellen?**

Das ist möglich, ich bin da in Gesprächen. Wir können die Erfahrungen der Initiative Tierwohl sehr wohl nutzen, aber wir haben schon in der Eingangsstufe 1 weit- aus höhere Kriterien beschlossen, als es sie in der ITW gibt. So beginnt unser Konzept gleich mit 20 Prozent mehr Platz in der Schweinehaltung und Raufutter. Ich denke, dass sich die Stufe 1 der ITW leicht auf unsere Empfehlungen umbauen lässt, bei Stufe 2 ist das schon schwieriger. Da rechnen wir mit 35 Prozent höheren Produktionskosten.

**Wie wollen Sie denn die Landwirte überzeugen, dass sie in neue Stallbauten bzw. in Umbauten investieren?**

**Wer nimmt ihnen die Angst vor roten Zahlen?**

Sie haben natürlich recht, der Umbau der Nutztierhaltung in Deutschland kostet Geld. Mehr Tierwohl kostet mehr Geld. Wir müssen ein Produkt



herstellen, nämlich mit viel mehr Tierwohl produziert Fleisch, für das es derzeit nur eine geringe Nachfrage gibt. Die Gesellschaft will das, aber nur wenige wollen dafür bezahlen. Deshalb müssen wir das fördern. Der Staat hat hier die Pflicht zur Finanzierung. Die Einführung einer Tierwohlabgabe in Form einer Verbrauchssteuer ist unerlässlich. Dadurch verteuert sich Fleisch um ca. 40 Cent pro Kilo, Milch um 2 Cent pro Liter. Insgesamt rechnen wir in der Endphase mit etwa 3,2 Milliarden Euro pro Jahr, um die Nutztierhaltung vollständig umzubauen. Die Landwirte erhalten langfristige, 20 Jahre laufende Verträge für die Finanzierung und Abschreibung vom Bund.

**„Die Gesellschaft will das, will aber nicht bezahlen. Der Staat hat hier die Pflicht zur Finanzierung.“**

**Gerät die deutsche Fleischproduktion durch ihr Nutztierkonzept nicht in eine Inselsituation, was die internationale Wettbewerbsfähigkeit angeht?**

Die Wettbewerbsfähigkeit wird erhalten bleiben durch die Bundeszuschüsse aus der Tierwohlabgabe. Ich blicke für die deutschen Marktteilnehmer durchaus optimistisch in die Zukunft – auch was den Wettbewerb angeht. Die Mehrkosten der Erzeuger werden gedeckt, zunächst überwiegend durch staatliche Fördermaßnahmen. Ich setze aber auch darauf, dass längerfristig höhere Preise an der Theke erzielbar sind. Und dafür brauchen wir die Initiative Tierwohl. Die europäischen Fragen hin-

sichtlich unseres Vorschlags müssen geklärt werden. Die Bundesregierung wird das in Brüssel verhandeln und sich darüber hinaus für ein gemeinsames Tierwohlkennzeichen und für höhere europäische Haltungsstandards für alle Nutztiere einsetzen. Bundesministerin Julia Klöckner hat das Thema Anfang September auf die Tagesordnung des informellen Agrarrats in Koblenz gesetzt und dafür breite Unterstützung gefunden. Dann gibt es im direkten Wettbewerb mit den europäischen Nachbarn gleiche Produktionsbedingungen.

**Sind Sie sicher, dass sich Ihr Weg realisieren lässt?**

Es gibt keine Alternative. Wenn wir jetzt mit unserem Konzept scheitern, steigt der Druck weiter und die höheren Anforderungen werden von den Gerichten durchgesetzt und der Staat muss ordnungsrechtlich handeln. Das passiert dann nur in Deutschland und die Produktion wandert ins Ausland ab. Das kann nicht unser Ziel sein, dann haben wir gar nichts gewonnen und die Tiere auch nicht. Das Tierleid wird exportiert. Wir brauchen eine Nutztierhaltung, die die breite Unterstützung der Gesellschaft genießt. Ich bin davon überzeugt, dass das klappt. Das hat ja schon vor mehr als 20 Jahren funktioniert bei den Biogasanlagen. Da haben die Bauern die Verträge unterschrieben. Das sollte jetzt auch gelingen.

*Das Gespräch führten Dr. Heinz Schweer und Karl-Heinz Steinkühler*



Fotos: Vion

In Zukunft fest angestellt: Produktionsmitarbeiter in der Zerlegung und Verpackung bei Vion.

## VION OHNE WERKVERTRÄGE

**UMSTELLUNG.** Roger Legath, Personalchef von Vion in Deutschland, spürt so etwas wie Befreiung und Erleichterung. Das von der Bundesregierung geplante Verbot von Werkverträgen in der Fleischbranche legt sich passgenau auf die seit Jahren verfolgte Unternehmensstrategie, den Anteil der eigenen Mitarbeiter stetig zu erhöhen.

„Dieser Prozess wird durch die Corona-Krise beschleunigt und wir werden ab 1. Januar 2021 unabhängig von den gesetzgeberischen Vorgaben die bisher fremdvergebenen Tätigkeiten in unseren Kernbereichen Schlachtung, Zerlegung und Verpackung mit eigenen Mitarbeitern durchführen. Dabei streben wir an, die bisher über Werkverträge bei Vion beschäftigten Mitarbeiter zu übernehmen“, sagt Legath.

Das Unternehmen hatte sich frühzeitig positiv zu der Initiative der Bundesregierung geäußert und Unterstützung signalisiert. Im Verlauf des Sommers hatte Vion Bundestagsabgeordnete, die seit Mitte September in Berlin über ein neues Arbeitsschutzgesetz beraten, zu Besuchen an die Vion-Standorte eingeladen. Geschäftsführer Bernd Stange, Dr. Heinz Schweer und weitere Manager erklärten bei ihren Treffen mit Abgeordneten wie Max Straubinger und Alois Rainer in Vilshofen, Stephan Stracke (alle CSU) in Buchloe oder Silvia Breher (CDU) in Niedersachsen: „Vion arbeitet ab dem 1. Januar 2021 nur noch mit festangestellten Kräften in den Kernbereichen der Fleischproduktion.“

Legath, der vor fünf Jahren für die Branche an den Kriterien der selbstverpflichtenden Sozialstandards mitgeschrieben hatte, sagt: „Wir begrüßen im Grundsatz, dass generell Werkverträge nicht mehr zulässig sein werden,

schärfere Kontrollen stattfinden und eine digitale Zeiterfassung verpflichtend wird.“ Vion habe stets Wert darauf gelegt, dass die gesetzlichen Vorgaben, wie z. B. die Einhaltung des Mindestlohns und der Arbeitszeiten, auch von den Werkvertragspartnern eingehalten würden und die Mitarbeiter angemessen untergebracht werden. „Das haben wir immer streng kontrolliert, da gab es auch in der Vergangenheit bei Vion keine Defizite.“

*„Die Beschäftigung von Leiharbeitern ist in der Fleischwirtschaft unerlässlich.“*

Deshalb bedauert Legath auch das Fehlverhalten einzelner Unternehmen, das zu einer Stigmatisierung einer ganzen Branche in den Medien und der Politik geführt habe. Dadurch sei eine sachliche und lösungsorientierte Diskussion sehr schwierig geworden. Die Folge seien über das eigentliche Ziel,

in Zukunft ohne Werkverträge zu arbeiten, hinausgehende Regelungen. „Die geplanten Gesetzesänderungen halten wir im Detail für zu weitgehend. Allein die Vorgabe, dass es nur einen Betriebsinhaber geben darf, bei dem die Mitarbeiter beschäftigt sind, schränkt jede unternehmerische Gestaltungsfreiheit ein und lässt die üblichen

*„Wir begrüßen, dass in Zukunft eine digitale Zeiterfassung verpflichtend wird.“*

Arbeitsteilungen innerhalb eines Konzerns nicht mehr zu.“

Allerdings wird intensiv über den Gesetzesentwurf des Bundesarbeitsministers wird intensiv diskutiert. Nach Ansicht von Vion weist die Beratungsvorlage erhebliche Defizite auf. Bernd Stange: „In einigen Punkten steht das Gesetzgebungsverfahren in keinem Zusammenhang mit den ursprünglichen Zielen. Im Gegenteil, mit auf andere Sachgebiete als den Arbeitsschutz ausgeweiteten Regelungen werden einer wichtigen Branche der deutschen Lebensmittelwirtschaft massive wirtschaftliche Beschränkungen auferlegt.“ Besonders die geplanten Verbote von Leiharbeit seien fernab jeder realistischen Praxis und gehörten nicht in ein Gesetz, das als Ziel das Ende von Beschäftigungsverhältnissen über Werkverträge hätte.

Legath ergänzt: „Die Beschäftigung von Leiharbeitern ist in der Fleischwirtschaft genauso wie in anderen Branchen unerlässlich, um saisonale Spitzen im Sommer (Herstellung von Grillprodukten) oder in der Vorweihnachtszeit (hochwertige Braten) sowie in Urlaubs- und Krankheitssituationen abzufedern.“ Beim Einsatz eines Leiharbeiters trägt das Unternehmen die volle Verantwortung für die Person, insbesondere hinsichtlich des Arbeits- und Gesundheitsschutzes sowie Entlohnung. Die Leiharbeitnehmer sind den Festangestellten gleichgestellt. „Somit ist dieser Punkt zur Erreichung der Ziele des Gesetzes nicht notwendig“, sagt Legath. Das vorgesehene Verbot der Leiharbeit

in der Fleischwirtschaft lehnen im Übrigen die beiden renommierten Arbeitsrechtler und Berater der Bundesregierung, Prof. Franz Josef Düwell und Prof. Gregor Thüsing grundsätzlich ab. Das haben Sie in einem Gastbeitrag in der Süddeutschen Zeitung ausführlich dargelegt (<https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/gastbeitrag-leiharbeit-ist-noetig-1.4986549>).

Dass Unternehmen der Fleischwirtschaft in allen Einheiten nur noch von einem alleinigen Inhaber geführt werden sollten, widerspricht nach Ansicht von Vion dem freien Unternehmertum und der marktwirtschaftlichen Struktur Deutschlands. Erstaunt waren die Bundestagsabgeordneten, als sie hörten, dass Vion schon seit Jahren kontinuierlich die Zahl der Werkvertragsmitarbeiter reduziert. „Das gehört zu unserer verantwortungsvollen und nachhaltigen Unternehmenspolitik“, erklärten die Vion-Manager den Abgeordneten.

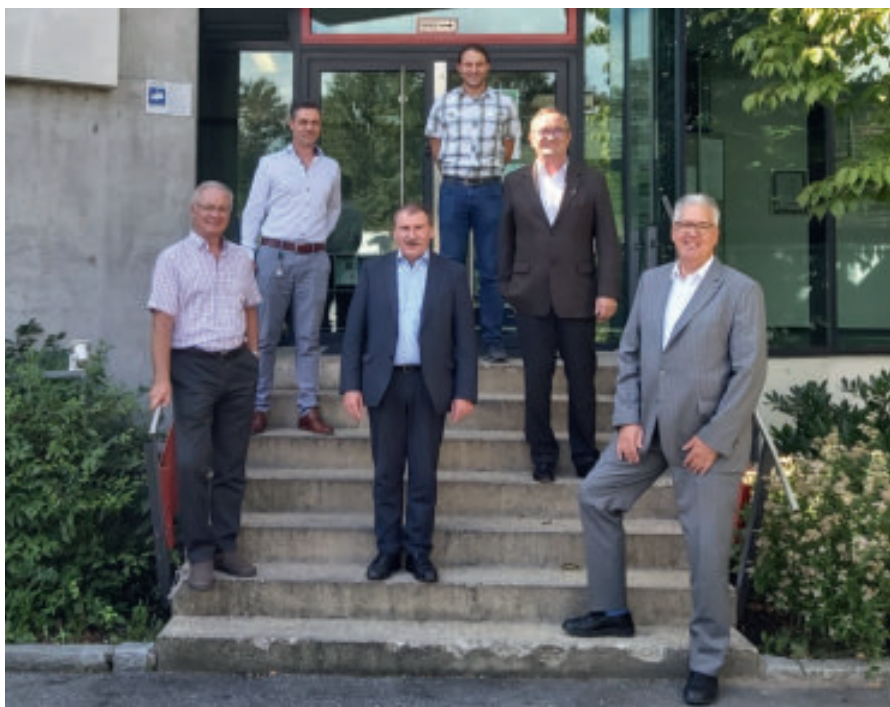
Die Umstellung von Werkarbeitskräften auf festangestellte Mitarbeiter bedeutet für Vion in den nächsten



Unterstützt den Verzicht auf Werkverträge: HR-Direktor Roger Legath

Wochen und Monaten eine große Herausforderung. Innerhalb eines kurzen Zeitraums müssen ca. 3.500 Fremdarbeitnehmer integriert werden. Roger Legath: „Hierzu haben wir ein Projektteam gebildet, das sich mit den vielfältigen Detailfragen beschäftigt. Wir sind zuversichtlich, dass wir diese Herausforderung meistern und unsere Produktion 2021 an allen Standorten reibungslos weitergeführt wird.“

*Karl-Heinz Steinkühler*



CSU-Bundestagsabgeordneter Max Straubinger (unten Mitte) diskutierte bei Vion in Vilshofen mit (von links) Geschäftsführer Hans Auer, den Betriebsleitern Thomas Fraunhofer und Konrad Stocker, Geschäftsführer Ulrich Steinemann und Bernd Stange (Geschäftsführer Vion GmbH).

# DER GRÜNE SCHWARZE AUS DER GEEST

**AGRARPOLITIK.** Wie das manchmal so ist. Das Beste kommt zum Schluss. Nachdem wir schon mehr als zweieinhalb Stunden mit **Helmut Dammann-Tamke** im Kaminzimmer diskutiert haben, über seinen Hof geschlendert sind und kurz vor der Verabschiedung in eine ehemalige Scheune geführt werden, ist die Überraschung echt gelungen. Der Hausherr führt seine Besucher in ein großes Lager mit Holzschnitzeln und dann einmal herum um das Gebäude: Zwei metallene Kessel bullern da, diverse Rohrleitungen überragen die Köpfe und es ist auch ordentlich warm in dem kleinen Raum. Vor einem Schaltkasten erklärt er: „Hier haben wir unser kleines Kraftwerk, mit dem wir in Ohrensen 30 weitere Häuser mit Wärme versorgen.“ Man glaubt es nicht: Der CDU-Mann Dammann-Tamke ist ein Grüner, mit eigener Windmühle an der Elbmündung und jetzt auch noch mit alternativer Wärmeerzeugung.

**D**abei erwartet man von einem, der seit Jahrzehnten als CDU-Abgeordneter im niedersächsischen Landtag was zu sagen hat, seit zwölf Jahren als Präsident des Landesjagdverbands eine zumeist konservative Klientel um sich schart und die Wände seines gemütlichen Wohnhauses mit Trophäen von selbst geschossenen norddeutschen 16-Endern und afrikanischen Antilopen dekoriert, alles, nur keine grüne Energiepolitik. Wenn man diesen drahtigen, schlanken 58-Jährigen dann ungläubig anschaut, verzieht er seinen Mund zu einem verschmitzten Lächeln und sagt einen Satz, den ihm sein Vater tief ins Gedächtnis implantiert hat: „Benutze deinen eigenen Kopf!“

Da sind wir mitten drin in einem Gespräch über die Gesellschaft, Politik und die Region, in der dieser spannende Mann lebt und aufgewachsen ist: die Geest. Grob gesagt das Armenviertel zwischen Bremen und Hamburg an der Abbruchkante zum Alten Land. Acht Kilometer entfernt ernten die wohlhabenden Landwirte satte Erträge mit dem Obstanbau; hier auf der Stade Geest haben sie es in der Vergangen-

heit versucht mit dem Kernobst. Meist vergeblich. Die Landwirte haben sich dann weiterhin schwerpunktmäßig auf Milchvieh sowie Schweine- und Hähnchenmast konzentriert. Aber die Zeiten, als die Bauern hierzulande bettelarm waren, wie es der Gastgeber beschreibt, sind vorbei. „Wir hier im Geester Land haben aufgeholt“, berichtet er stolz.

1985, mit 23 Jahren, nach der landwirtschaftlichen Ausbildung an der Fachhochschule Rendsburg, hat Helmut Dammann-Tamke den elterlichen Hof übernommen. Mitgegeben hatten die Eltern dem jungen Landwirt eine liberale Erziehung und ein gesundes Selbstbewusstsein. „Was andere tun

und können, interessiert mich überhaupt nicht“, sagt er. Das galt wahrscheinlich in jungen Jahren mehr als heute. Zumindest machte er sich in Ohrensen, einem Straßendorf der Gemeinde Bargstedt, schnell einen Namen als engagierter Bürger. „Wir Bauern müssen uns engagieren“, war sein Motto. 1986 wurde er in den Gemeinderat gewählt und trat parallel in die CDU ein, 1992 in den Kreistag Stade, drei Jahre später holte er in einem sicheren SPD-Wahlkreis das Direktmandat für die CDU im niedersächsischen Landtag. Das ist bis heute so geblieben. Und nun spricht der Landwirt aus der Geest als stellvertretender Fraktionsvorsitzender in Hannover in der großen Politik ein gewichtiges Wort mit.



Ein seltener Augenblick im ausgefüllten Tagesablauf des Politikers und Landwirts: Helmut Dammann-Tamke lehnt entspannt auf dem Gatter vor seinem Wohnhaus auf dem Hof in Ohrensen.

Fotos: Michael Zapf

Das könnte er freilich nicht, wenn Helmut Dammann-Tamke nicht genau wüsste, wo er seine Wurzeln hat. Ohrensens. Die Schützen und ihre Feste – außerhalb von Corona-Zeiten – oder die Freiwillige Feuerwehr müssen auf ihr prominentes Mitglied nicht verzichten. Wenn es brennt und er zu Hause ist, stülpt er den gelben Helm über. „Ein Mandat im ländlichen Bereich ist schon ein Fulltime-Engagement“, sagt er, ohne zu beklagen, dass er immer und überall gefragt ist. Helmut Dammann-Tamke würde seine verantwortlichen und zeitintensiven Jobs in der Gesellschaft nicht machen, wenn es ihm nicht gefiele.

**Aber wo bleibt da der Bauer?** Weiß er überhaupt, was auf seinem Hof mit zwei weiteren außen liegenden Betriebsstätten noch läuft? Auch wenn er das Tagesgeschäft längst abgegeben hat, so zieht der Senior und Politiker am Wochenende bisweilen die Gummistiefel an und geht in den Schweine- und den Hähnchenstall. Das entspannt und zeigt ihm auch, wo die Probleme sind. Beispiel ASP – Afrikanische Schweinepest. Als oberster Jäger und Schweinemäster ist er mit der bedrohlichen Seuche doppelt konfrontiert. Die Population der Wildschweine steigt dramatisch an und ist durch die Bejagung kaum einzudämmen. Doch Dammann-Tamke weiß: „Die ASP kommt nicht auf nur vier Beinen, sondern auch auf vier Rädern“ und beschreibt die Gefahr der grenzüberschreitenden Transporte. Schweinehalter könnten „ASP aus ihren Ställen raushalten, wenn sie die Hygieneregeln einhalten“.

Sein Betrieb ist 90 Hektar groß, 1.000 Mastplätze für Schweine und eine Hähnchenmast. Auch hier ist er Vorreiter, aus politischen Gründen. Seinen Stall für 20.000 Hähnchen hat er vor einigen Jahren von der Schnellmast auf schonende Aufzucht für die niederländische Geflügelmarke „Kip van Morgen“ umgerüstet. Nur noch 11.400 Stück Federvieh wachsen nun in 47 Tagen auf der glei-

chen Fläche. „Das ist eine stressfreie Mast und eine tiergerechte Haltung“, sagt Dammann-Tamke und vertritt wieder eine urgrüne Position. Er will sich einfach als Landwirt und oberster Jäger Niedersachsens keine Fehler erlauben, „denn ich muss ja immer damit rechnen, dass irgendwelche NGOs oder Fernsehteams in meinen Ställen filmen“. Und da soll alles in Ordnung sein.

**Was für ihn im Moment nicht passt**, ist die Einstellung der Gesellschaft zur Landwirtschaft. Die Forderung nach mehr Tierwohl in der Aufzucht von Rindern, Schweinen und Geflügel könne nicht aus Steuermitteln bezahlt werden, sagt der CDU-Politiker. „Die Mehrkosten müssen aus dem Portemonnaie der Verbraucher kommen. Das ist nur fair.“ Die Landwirte hätten es derzeit so schwer wie noch nie, „wir haben keine Planungssicherheit“.

Fast 18 Jahre Politik im Landtag haben ihm manche Illusionen geraubt. „Die Politik orientiert sich immer mehr an Mainstream-Themen, Politiker haben keine eigenen Positionen und keine eigene Meinung mehr.“ Das klingt nach Frustration. Aber Dammann-Tamke gibt nicht auf, er will verändern. Doch

in solchen Momenten fällt ihm auch ein Satz seines damals achtjährigen Sohnes ein, der ihn bei seiner ersten Kandidatur im Jahr 2003 auf Platt fragte: „Du säch mal, Papa, wann is disse olle Wahlkampf endlich vorbie?“

*Karl-Heinz Steinkühler*



Eine große Leidenschaft, von den Großeltern ererbt: Helmut Dammann-Tamke ist Jagdpräsident in Niedersachsen, Trophäen zieren sein Wohnhaus.



Die Zeit, selbst mit dem Traktor Feldarbeit zu verrichten, hat Helmut Dammann-Tamke nicht mehr, aber er hält immer Kontakt zu seinen Mitarbeitern auf dem Betrieb.



Ihr Ansprechpartner bei Vion:  
**Dr. Heinz Schweer**  
 Direktor Landwirtschaft  
 Vion Deutschland



Schreiben Sie uns!  
[proagrard@vionfood.com](mailto:proagrard@vionfood.com)

Oder rufen Sie uns an  
 04192 503-313

**ProAgrar**  
 DIGITAL



# VION AN DER SEITE DER BAUERN

## AFRIKANISCHE SCHWEINEPEST.

Die vorübergehende Aussetzung von Exportgenehmigungen nach dem ersten Fall von Afrikanischer Schweinepest (ASP) in Deutschland hat gravierende Auswirkungen auf den deutschen Schweinefleischmarkt. Das erste aufgrund der infektiösen Krankheit ASP verendete Wildschwein war am 9. September 2020 in Brandenburg unweit der polnischen Grenze aufgefunden worden.

**V**or allem die nun geschlossenen Märkte in China, Japan und Südkorea beeinflussen die Erzeugerpreise für die Landwirte. Vertreter von Vion mit seinen Schweinefleischwerken in Nord-, Ost- und Süddeutschland setzten sich in den vergangenen Tagen in vielen Gesprächen mit der Politik und Interessenvertretern von Land- und Fleischwirtschaft für ein schnelles Ende der Exportbeschränkungen ein.

COO Pork John de Jonge betont: „Der aktuelle Preisverfall ist dem Schock ASP geschuldet. Ich wünsche mir, dass sich der Preis dem Niveau der vergangenen Wochen wieder annähert. Unseren langjährigen Lieferanten stehen wir weiterhin bei der Vermarktung zur Seite. Vion pflegt traditionell ein stabiles, vertrauensvolles und partnerschaftliches Verhältnis zu den Erzeugern in der Landwirtschaft.“ Der Ausfall der asiatischen Märkte beeinflusst die Preisgestaltung. Das gilt es nun aufzufangen.

Der in der ersten Woche vollzogene Preisabschlag von 20 Cent pro Kilo bei Schlachtschweinen verschärfte zusätzlich die ohnehin schon angespannte Lage in den Schweinemastbetrieben.



Foto: picture alliance/dpa/Sebastian Willnow

In Brandenburg wurde der erste Fall von ASP bei einem Wildschwein festgestellt (Symbolbild).

Der Schweinefleisch-Chef von Vion de Jonge sagt: „Unser Ziel ist es, die Erzeugerpreise zu stabilisieren.“ Ein weiterer Preisverfall gefährde die deutsche landwirtschaftliche Schweineproduktion. De Jonge: „Berlin muss sich in Gesprächen mit China und Japan für die Anwendung des Regionalprinzips einsetzen. Es kann nicht gleich ganz Deutschland gesperrt werden.“

Ein Schwein wird heute in mehr als 100 Einzelteile zerlegt und global vermarktet. Während z. B. Koteletts, Schnitzel und Nackensteaks in Deutschland bei Verbrauchern beliebt sind, gehen Spareribs nach Nordamerika; Schnäuzchen, Schwänzchen und Pfoten – sogenannte Nebenprodukte – gelten in China als hochwertige Spezialitäten; Lachse und Bäuche wiederum sind in Japan und Südkorea begehrt. Gerade der Ausfall der hochpreisigen asiatischen Märkte bringt jetzt die fein austarierten Teilstück-Märkte aus dem Gleichgewicht und kann zu Turbulen-

zen im deutschen Preisgefüge führen. Alternative Absatzmärkte für Asien gibt es derzeit fast nicht.

Die Gefahr einer ASP-Ausbreitung nach Deutschland vor Augen, hatte Deutschland in den vergangenen Jahren immer wieder das Gespräch mit den chinesischen Behörden gesucht. Ziel war es, eine Regelung zu treffen, bei der im Falle einer ASP-Infektion eines Wildschweins nicht ganz Deutschland, sondern nur die betroffenen Regionen für den Export gesperrt werden. China stimmte bisher nicht einer Überarbeitung der bilateralen Vereinbarungen zu. Die Volksrepublik hatte aber signalisiert, über eine solche Regionalisierung in einem konkreten Ausbruchsfalle sprechen zu wollen, heißt es bei Vertretern der Fleischbranche. Deutschland hat deshalb nach dem Bekanntwerden des ersten ASP-Falles den Kontakt mit den Verantwortlichen in China gesucht.

*Karl-Heinz Steinkühler*

## IMPRESSUM

**Gesamtverantwortung**  
 Dr. Heinz Schweer (V.i.S.d.P.)

**Redaktion**  
 Karl-Heinz Steinkühler

**Produktion**  
 BEST CONTENT communications

**Druck und Vertrieb**  
 Druckstudio GmbH

**Auflage** 32.900  
**Redaktionsschluss** 17. September 2020

**Vion GmbH**, [www.vionfoodgroup.com](http://www.vionfoodgroup.com)  
 Rudolf-Diesel-Straße 10, 86807 Buchloe